

Medienmitteilung vom 12. November 2008

Energetische Gebäudesanierung: Politik handelt

Der Bundesrat hat heute beschlossen, in den Voranschlag 2009 45 Mio. Franken zusätzlich für energetische und andere Erneuerungen an gemeinnützige Bauträger aufzunehmen. Die UREK-NR beantragt der Finanzkommission, für 2009 die Globalbeträge des Bundes an die Kantone für Gebäudesanierungen von derzeit 14 Mio. auf 100 Mio. Franken aufzustocken. Und auch für die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe hat sich in der Kommission im Rahmen der Eintretensdebatte für ein Bundesgesetz über Anreize für energetisch wirksamen Massnahmen im Gebäudebereich eine Mehrheit gebildet.

Die von Nationalrat Otto Ineichen (FDP/LU) in diesem Sommer initialisierte „Allianz Energetische Gebäudesanierung – JETZT!“, der 5 StänderätInnen und 5 NationalrätInnen der 5 grossen Parteien angehören, nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der neusten Entwicklung. Nationalrat Otto Ineichen: „Die Bestrebungen gehen absolut in die richtige Richtung und decken sich mit den Zielen unserer Allianz“. Mit seiner Aussage bringt Ineichen auch zum Ausdruck, dass die Allianz weiter kämpfen wird. Sie möchte den Kantonen 200 Mio. Franken zusätzliche Mittel zur Förderung energetischer Gebäudesanierungen zur Verfügung stellen. 90% davon sollen den Wohneigentümern zu Gute kommen. 10% sollen die Kantone verwenden für die personelle Aufstockung der Energiefachstellen und -beratungen. „Unsere Erfahrungen im Rahmen des Vorprojekts ‚Türöffner‘ zeigen, dass viele Wohneigentümer bereit wären zu sanieren, wenn sie mehr Fördermittel erhielten. Wirksam ist die Förderung erst, wenn mindestens 15% der Investitionskosten gedeckt werden. Deshalb braucht es zusätzliche Mittel. Und die Energiefachstellen müssen ausgebaut werden, damit sie die Nachfrage nach Fördermitteln und Beratung bewältigen können“.

Weiter entspricht auch die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe einer Forderung der Allianz. Im Herbst 2008 hat Ständerätin und Allianz-Mitglied Simonetta Sommaruga (SP/BE) eine entsprechende Motion eingereicht. Neben der Teilzweckbindung fordert Sommaruga in der gleichen Motion steuerliche Anreize, sofern mit einer Gebäudesanierung eine erhebliche Steigerung der Energieeffizienz verbunden ist. Beachtliche 31 RatskollegInnen haben die Motion unterschrieben.

Die Mitglieder der Allianz betonen neben dem positiven Umweltbeitrag der Massnahmen insbesondere auch den konjunkturellen Aspekt. Nationalrat Jean-François Rime (SVP/FR): „Investitionen in energetische Gebäudesanierungen sind nachhaltig und schaffen Arbeitsplätze. Das ist volkswirtschaftlich gesehen gut investiertes Geld zur heutigen Zeit“.